

DiePresse.com | [Meinung](#) | [Kommentare](#) | [Leitartikel](#) |  [Artikel drucken](#)

## Die Feinde des Bargelds sind auf dem falschen Dampfer

03.02.2016 | 18:42 | Nikolaus Jilch (Die Presse)

**Bargeld ist immer noch die beliebteste Art zu zahlen. Eine Einschränkung würde die Privatsphäre treffen und die erhofften Erfolge nicht erzielen.**

In den Vororten des US-Bundesstaats Maryland gibt es ein eigenartiges Phänomen zu beobachten, wie das „New York Magazine“ berichtet. So werden dort Supermärkte überfallen – aber statt die Kassen zu plündern, interessieren sich die Diebe nur für Waschmittel der Marke Tide. In Orange County, Kalifornien, kam es nach einem Tide-Diebstahl zu einer Verfolgungsjagd, die mit einem Unfall endete. Inzwischen gehört das Waschmittel laut US-Einzelhandelsverband sogar zu den meistgeklauten Artikeln überhaupt.

Der Grund für die übertriebene Beliebtheit des Waschmittels? Ein Mangel an Bargeld. Tatsächlich fungieren Hygieneartikel in Extremsituationen oft als Währung, da sie leicht transportierbar, teil- und haltbar sowie relativ wertbeständig sind. Ein Waschmittel wird ja nicht schlechter, wenn man es ein paar Wochen lagert. In den USA hob die Polizei sogar Wohnungen voller Tide-Flaschen aus – Wohnungen von Dealern.

Der wachsende Verdacht gegen Menschen, die große Summen an Bargeld nutzen, hat sie auf Waschmittel umsteigen lassen. Dieses verkauften sie nach dem Drogendeal im Internet und wuschen das Geld so buchstäblich rein. Der Spitzname der neuen Währung: flüssiges Gold.

Nun ist die USA auf dem angeblich unvermeidlichen Weg in die bargeldlose Gesellschaft schon viel weiter als Europa – aber auch in Deutschland und Österreich taucht die Debatte immer wieder auf. Die einen wollen die kleinsten Centmünzen loswerden, weil sie mühsam sind. Die anderen wollen Obergrenzen für die Zahlung mit Bargeld einführen, so wie aktuell die deutsche Regierung. Die SPD würde den lila 500er-Schein auch gleich abschaffen, wenn man sie liebe. Und wieder andere, meist „Topökonom“ mit großem Geltungsbedürfnis und/oder einem Naheverhältnis zum Bankensektor, wollen das Bargeld überhaupt abschaffen. Auch der Chef der Deutschen Bank gibt dem Bargeld nur noch zehn Jahre Lebenszeit.

Doch die Feinde von Scheinen und Münzen führen wahrlich nichts Gutes im Schilde. Es ist eigentlich traurig. Da untergräbt das Handling der Flüchtlingskrise das Vertrauen in die Politik. Gleichzeitig drohen Haushalt und Staatsschulden zu entgleisen. Aber statt ihren eigenen Laden in Ordnung zu bringen, attackiert die Politik von Washington über Brüssel bis Berlin ohne Not eine Grundfreiheit der Bürger. Genau darum geht es nämlich, wie auch die „Frankfurter Allgemeine“ schreibt: „Die Feinde des Bargelds streben nach totaler Kontrolle.“

Und die Politik ist nicht allein. Tatsächlich hat sich eine unheilige Allianz gebildet, aus zumeist linken Parteien und mächtigen Großbanken, denen es ein Dorn im Auge ist, wenn die Bürger irgendetwas in Anonymität tun. Nun ist es vielleicht verständlich, dass der Staat Steuerhinterzieher und Kriminelle auf Knopfdruck finden will. Aber wie das Beispiel aus den USA zeigt, finden Kriminelle immer Wege, sonst wären sie ja keine Kriminellen. Und die Großmutter, die ihre Medikamente mit Bargeld kaufen will, hat eben ein Recht auf Privatsphäre.

Auch dass die Banken nach Profit streben und den Zahlungsverkehr dominieren wollen, ist verständlich. Aber da müssen sie sich schon auf dem Markt durchsetzen, gegen die Alternative Bargeld, statt nach einem Verbot zu schreien. Sonst haben sie gegen Google und Apple in Zukunft ohnehin keine Chance.

Vor diesem Hintergrund ist es wohlthuend, dass sich in Österreich bisher kein Politiker oder Bankenchef findet, der das Bargeld ernsthaft angreift. Und auch die Deutschen werden sehen: Wer dies in der Eurozone tut, stellt sich eindeutig gegen die Menschen. Der Bargeldumlauf ist seit der Euroeinführung von 250 auf 1100 Milliarden Euro gestiegen, und allein im vergangenen Jahr stieg die Nachfrage nach Bargeld um 6,5 Prozent. In Österreich werden noch immer drei von vier Transaktionen mit Cash getätigt. Statt den Bargeldverkehr einzuschränken sollten wir ihn als Grundrecht verankern. Denn nichts anderes ist es. Und Banken wie Politik sollten sich Gedanken darüber machen, wie sie das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen, statt es weiter zu untergraben.

E-Mails an: [nikolaus.jilch@diepresse.com](mailto:nikolaus.jilch@diepresse.com)

© DiePresse.com